

ZUR BEDEUTUNG UND ROLLE DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS IN DER DEMOKRATIE

JÜRGEN BETZ, ERIKA BOCK-ROSENTHAL

INITIATIVKREIS ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK KÖLN E.V. (IÖR)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nach dem 2. Weltkrieg und der NS-Herrschaft ganz gezielt zur Förderung der (damals neu aufzubauenden) Demokratie geschaffen worden. Die bewusst föderale Organisation soll verhindern, dass die Medien gleichgeschaltet werden. Das gilt unverändert bis heute. Diese Funktion für die Demokratie hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wie das BVerfG wiederholt ausgeführt hat, auch heute unverändert, sogar mehr denn je.

Nach § 26 des Medienstaatsvertrages (MedStV) hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Er soll die internationale Verständigung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern. Sein Auftrag ist es, Kultur, Bildung, Information und Beratung und einem dem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechende Unterhaltung anzubieten. Diese Auftragsbeschreibung entspricht den Anforderungen, die das BVerfG immer wieder unterstrichen hat.

Gerade in den aktuellen Zeiten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk als unabhängiges Medium besonders wichtig und mehr denn je gefordert, die Demokratie zu fördern und seinen breiten Auftrag umfassend zu erfüllen sowie sich engagiert gegen antidemokratischen Populismus einzusetzen und Angriffe auf die Meinungs- und Medienfreiheit abzuwehren, die insbesondere durch die sog. sozialen Netzwerke wie X, YouTube, Instagram, Facebook und TikTok massiv gefährdet werden.

Hier kann und muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus Sicht des IÖR noch einiges mehr als bisher leisten.

Im Einzelnen:

1. Bewusstsein für den Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schärfen

Das Bewusstsein in Gesellschaft und Bevölkerung für die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss geschärft und immer wieder unterstrichen werden. Das ist zum einen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks selbst, zum anderen aber auch Aufgabe der Medienpolitik, die

hier deutlich mehr tun kann und nicht primär Rundfunkbeitragsstabilität oder gar Beitragsreduzierungen in den Vordergrund stellen darf.

2. Aktiv für die Demokratie und ihre Werte eintreten

Gerade in Zeiten von zunehmendem Rechtsradikalismus und verfassungsfeindlichen Bestrebungen müssen der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Journalisten Wächter der Demokratie sein. Sie haben auch die Aufgabe, antidemokratische Entwicklungen sichtbar zu machen und einzuordnen. Hier gilt nicht der vielfach missverstandene Appell von Hans-Joachim Friedrichs, der Journalist dürfe sich nicht mit einer Sache gemein machen, auch nicht mit einer Guten. Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, die Demokratie zu verteidigen und zu schützen. Denn die Demokratie sollte, wie Carlo Schmid schon Mitte der 50er Jahre formuliert hat, „nicht zu schwach, sondern wehrhaft sein und auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“.

Und es gilt unverändert der Appell, den der erste hessische Ministerpräsident, Christian Stock, 1948 anlässlich der Gründung des Hessischen Rundfunks an Journalisten gerichtet hat; man könnte es heute nicht besser formulieren:

„Hüten Sie aber auch den Äther, eines der heiligsten Güter eines Volkes; vor allem die Freiheit, unter der Sie selbst arbeiten können! Schenken Sie dem Geist der Freiheit und Demokratie Gehör. Wenn Sie einem Geist Gehör schenken, der Freiheit und Demokratie töten will, müssen Sie wissen, dass Sie sich und Ihrem Volke damit den Untergang bereiten. Sie dienen keiner Partei, Sie dienen keiner Sekte, Sie dienen keiner Gruppe von Parteien, Sie dienen dem ganzen Volke. Ihr schärfster Kampf muss daher denen gelten, die die demokratische Freiheit und den Frieden der Welt zu stören versuchen.“

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als freier unabhängiger Rundfunk muss auch selbst in seinen Angeboten deutlich mehr tun, um seine Funktion und Bedeutung als Teil des Rückgrats für eine freie demokratische Gesellschaft zu vermitteln; er hat eine Mitverantwortung für das Funktionieren der Demokratie. Dies kann z.B. erfolgen durch geeignete Sendungen zur Funktion der repräsentativen Demokratie, zur Bedeutung des Kompromisses als Problemlösungskompetenz in einer Demokratie und zur Gewaltenteilung als ihre Basis. Dafür eignen sich entsprechende Dokumentationen mit der Vermittlung von Hintergrundwissen, auch mit Blick auf Diktaturen und auch das Nazi- und DDR-Regime, eigene kur-

ze Spots und Trailer in Fernsehen und Hörfunk pro Demokratie, durch Publikationen, durch gesellschaftspolitische und medienpolitische Konferenzen und Veranstaltungen, auch im Verbund mit geeigneten Institutionen. Ebenso kann auch im fiktionalen Bereich das Thema Demokratie und ihre Bedeutung aufgegriffen werden.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss Daseinsvorsorge für die demokratische Öffentlichkeit sein und demokratische Streitkultur unterstützen. Aus einer „Mediendemokratie darf keine Empörungsdemokratie werden“, wie es der Medienwissenschaftler Prof. Pörksen zutreffend formuliert hat.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte daher auch nicht fragen, was die Demokratie für ihn tun kann, sondern lieber fragen, was er für die Demokratie tun kann.

3. Die eigenen Leistungen herausstellen

Positive Eigenwerbung in vielen unterschiedlichen Formen durch Herausstellen seiner umfangreichen Leistungen für 60 Cent am Tag ist ebenso wichtig. Dazu gehört auch bislang fehlende gezielte Crosspromotion im Fernsehen auf das Gesamtangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine vielfältigen Angebote, die vielen Menschen nicht bekannt sind. Aber auch im Hörfunk und dem digitalen Angebot ist Crosspromotion sehr wichtig. Die Menschen müssen wissen, was es im Gesamtangebot gibt; gerade die Spartenprogramme erfüllen gut den Auftrag, sind nur kaum bekannt.

4. Auftrag umfassender erfüllen

Gerade angesichts der komplexen und teils unübersichtlichen Weltlage besteht immenser Bedarf an hochwertigem, wirtschaftlich und politisch unabhängigen Journalismus. Deshalb muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag umfassend erfüllen, z.B. durch

- mehr Information, Dokumentationen, Hintergrundberichte und Analysen zu aktuellen Themen im Fernsehen zu attraktiven Sendezeiten zwischen 19 und 22 Uhr, die auch per Trailer beworben werden.
- mehr Auslandsberichterstattung zum Verständnis der globalen Welt. Bislang spielt die Südhalbkugel, auf der über 80 % der Menschen leben, im Programm so gut wie keine Rolle. Ein Weltspiegel und ein Auslandsjournal pro Woche bei ARD und ZDF sind zu wenig.
- auch konstruktiven Journalismus praktizieren und über das berichten, das positiv und erfolgreich ist statt primär über Negatives, über Streit und über Konflikte in der Welt und in der Gesellschaft. Schon der Newsletter von „good news“ zeigt sehr viel Positives und Erreichtes.
- mediale Brücken bauen angesichts tiefer werdender Gräben und

wachsender Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft und Vielfalt der bestehenden Meinungen abbilden; unser gemeinsames Wertefundament sichern helfen und ein Gegengewicht zu den algorithmengesteuerten kommerziellen sozialen Netzwerken schaffen. „Meinungsfreiheit“ sei nicht schrankenlos gewährleistet, wie offenbar US-Vizepräsident Vance meint, gleichzeitig aber nicht-regierungsgenehme Meinungen am liebsten aus der Öffentlichkeit verbannen will.

- den Auftrag zur Integration erfüllen, d.h. das Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft durch eine Kultur des Verstehens und der Verständigung und des Diskurses zu befördern.
- Talkshowformate überdenken. Die derzeitigen haben oft für die Zuschauer wenig Erkenntnisgewinn, weil immer wieder dieselben Gäste eingeladen und die gleichen Themen diskutiert werden. Die vielen Talkrunden vor der Bundestagswahl 2025 sind ein beredtes Beispiel dafür und haben viel Kritik erfahren. Viele wichtige Themen außerhalb von Deutschland und Europa werden kaum in den Talkrunden erörtert. Es wäre sinnvoll, viel öfter Bürger einzuladen, die oft bessere Fragen stellen als mancher Moderator. Und auch mehr Wissenschaftler wären gut, weil sie mehr Information und Hintergrundwissen vermitteln.
- Anzahl der immer mehr werdenden Krimis reduzieren und Platz für die oben genannten Beiträge schaffen und in den Krimis weniger Gewalt darstellen; eine Forderung vieler Zuschauer aus dem ARD-Zukunftsdialog 2021. Für das dadurch eingesparte Geld können viele Dokumentation und Informationssendungen produziert werden.
- Das Konkurrenzdenken zwischen ARD und ZDF im Programm sollte rasch beendet und deutlich mehr kooperiert werden.

Um die Kosten für die Erfüllung der oben genannten, zusätzlich zum Status quo erforderlichen Aufgaben zu finanzieren, sollten ARD und ZDF auch eine Reduzierung der Ausgaben für Sportübertragungen und die Vielzahl von hochdotierten Sportexperten in Betracht ziehen, die bis zu 10 % des Gesamtbudgets betragen.

5. Gremienaufsicht intensivieren

Durch den MedStV wurden die Aufgaben und Kompetenzen der Aufsichtsgremien bewusst gestärkt. Die Gremien von ARD und ZDF haben inzwischen gemäß § 31 des MedStV Qualitätsrichtlinien für die Angebote beschlossen. Diese gilt es nun zeitnah anzuwenden, um zu prüfen, ob diese von den Programmverantwortlichen beachtet und die unter 4. genannten Ziele und Aufgaben erreicht werden.

6. Bildungsauftrag besser erfüllen

Zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört ausdrücklich auch Bildung, vgl. § 26 MedStV. Dies gilt besonders gegenüber der jungen Generation. Mit den unter 4. genannten Angeboten würde auch der Bildungsauftrag besser als bisher erfüllt.

Schüler sollten schon frühzeitig über die Demokratie und ihre Werte informiert werden, insbesondere über Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Presse- und Medienfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Schutz von Menschenrechten, Gleichberechtigung u.v.m. Denn in einer zunehmend komplexeren und globalisierten Welt und angesichts der Herausforderungen wie der Digitalisierung und einer wachsenden Polarisierung kommt der Wertevermittlung eine Schlüsselrolle zu. Jugendlichen müssen neben fachlichen Inhalten auch Werte wie Respekt, Verantwortung, Toleranz und Solidarität vermittelt werden. Dies leistet einen entscheidenden Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Hier könnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk aktiv Unterstützung mit seinen Kompetenzen und Beiträgen leisten.

7. Journalismus stärken

Gebraucht werden vermehrt Bildungsangebote für Journalisten, um die immer komplexer werdenden Themen unserer Zeit zu verstehen und einordnen zu können. Es bedarf auch mehr Fachjournalisten, die mögliche Folgen von vorgeschlagenen politischen Maßnahmen rechtlich und ökonomisch einordnen und beurteilen können, insbesondere auf deutscher und europäischer Ebene.

In politischen Interviews und ebenso in Talkshows müssen Journalisten nachhaken, wenn auf ihre Fragen keine oder nur ausweichende Antworten gegeben werden. Sofern von Interviewten Begriffe verwendet werden, die im rechtsradikalen Kontext eine besondere Bedeutung haben, muss direkt eine Übersetzung erfolgen. Wenn Begriffe „gekapert“ werden, muss geprüft werden, ob eine Übernahme quasi in Anführungszeichen sinnvoll ist oder die direkte Ablehnung. Der Begriff „Meinungsfreiheit“ ist so ein Beispiel, das in unserem Grundgesetz eine ganz andere Bedeutung hat als in der Rede eines Extremisten. Wichtig ist in jedem Fall eine gute Vorbereitung von Interviews und Moderationen mit Personen und Parteien, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen; das muss auch deutlich gemacht werden. Die diversen Sendungen bei ARD und ZDF vor der Bundestagswahl 2025 haben gezeigt, wo die Defizite des Journalismus bestehen und deshalb haben sie zurecht auch viel Kritik erfahren, weil nur wenige der aktuellen Probleme und Herausforderungen thematisiert wurden und viel Fragen von den Politikern nicht

beantwortet wurden. Es muss – siehe das Zitat von Stock – zu bestimmten politischen Positionen auch deutlich und mutig gesagt werden, dass diese rechtsextrem oder verfassungswidrig sind. Und Lügen müssen als solche auch klar bezeichnet werden und dürfen nicht einfach stehen gelassen werden.

8. Jugend ansprechen

Die Jugend ansprechen und die Werte der Demokratie vermitteln, auch in geeigneter Form auf Social-Media-Kanälen, ist wichtig. Jugendmedientage sind dafür z.B. ein sehr gutes Instrument, wie sie die ARD wieder am 12.11.2025 plant.

Ebenso wichtig sind Kooperationen mit Schulen, um frühzeitig Demokratie zu vermitteln und zu fördern. Dazu kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk etwas beitragen; es gibt dazu bereits sehr gute Sendungen, z.B. bei ARTE, die genutzt werden können. Auch eine Kooperation mit dem Projekt „Journalismus macht Schule“ wäre sinnvoll.

9. Medienkompetenz fördern

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte auch Medienkompetenz durch geeignete Sendungen und sonstige medienpädagogische Angebote fördern, auch in seinen Regionalstudios, gerade für Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und Lehrer. Ohne Medienkompetenz ist der einzelne der heutigen Medienwelt, insbesondere den sog. sozialen Netzwerken, hilflos ausgeliefert. Es gibt dazu bereits gute Beiträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, über sie sollte viel mehr informiert werden. Hier sind Kooperationen mit Schulen, Schulträgern und Bildungseinrichtungen wichtig.

Mehr Nähe zum Publikum zum Beispiel könnte auch zur Medienkompetenz beitragen. Wenn auf Stadtfesten ein Ü-Wagen steht, wäre es sicher möglich Interessierten nicht nur die Technik zu zeigen, sondern auch, was aufgenommen und wie berichtet wird, also wie eine Sendung entsteht.

10. Fakenews aufdecken

Unsere Zeit und unsere Meinungsbildung wird immer stärker durch Fakenews, von Algorithmen gesteuerte einseitige Informationen, vor allem durch die Socialnetworks, beeinflusst, die aufgedeckt und erklärt werden müssen. Medien müssen nicht neutral, sondern wahrhaftig sein; offensichtliche Lügen müssen so auch als solche genannt werden.

Was bislang vor allem im Fernsehen fehlt, ist eine sofortige Aufdeckung und Entlarvung von Falschbehauptungen in derselben Sendung, sei es durch entsprechende Einblendungen oder sofortige Klarstellung und

Konfrontation des Interviewpartners durch die Moderatoren. Es genügt nicht, Falschbehauptungen erst nach einer Sendung und das nur online zu widerlegen.

Hier sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk viel aktiver und nicht nur online tätig sein. Eine Gemeinschaftsredaktion von ARD, ZDF, DLR und DW könnte hier schlagkräftiger agieren und Doppel- oder gar Mehrfacharbeit bei der Aufdeckung von Falschinformationen vermeiden helfen.

11. Extra Sendung

Leider gehen Richtigstellungen oft unter, während reißerische Daten, haarsträubende Behauptungen oder verwunderliche Bilder in Erinnerung bleiben. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, eine richtige kleine Sendung auf einem guten Sendeplatz zu entwickeln. Da könnte dann „Die falscheste Zahl der Woche“ illustriert werden oder die abgefahrenste Lügengeschichte. Die „alternativen Wahrheiten“ und Verschwörungserzählungen könnten mit KI, guten Karikaturen oder Schauspielern dargestellt werden. KI Fakes könnten vorwärts und rückwärts weitergesponnen werden. Es müsste auch Spaß machen, sich so eine Sendung anzusehen.

12. Mitarbeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an der Entwicklung eines europäischen unabhängigen, gemeinnützigen Socialnetworks als Gegenstück und Alternative zu X, Instagram, TikTok und Co.

Im März 2025 hat sich in Deutschland ein großes Bündnis von 75 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Organisationen, Verbänden und Bündnissen gegründet und zurecht darauf hingewiesen, dass die genannten amerikanischen und chinesischen Plattformen gezielt europäische Regelungen wie den Digital Services Act ignorieren, sogar mit Unterstützung der Trump-Regierung. Das Bündnis hat unter dem Titel „Demokratie schützen, Gemeinwohl fördern: Online Plattformen brauchen Kontrolle“ die Herren Merz, Klingbeil und Söder angeschrieben und gefordert, dass diese sich dafür einsetzen, dass Onlineplattformen das gesellschaftliche Gemeinwohl und den demokratischen Diskurs fördern und auf europäischer Ebene eine gemeinwohlorientierte digitale Plattform aufgebaut und gestärkt wird, um eine Alternative zu den bestehenden, immer gefährlicher werdenden amerikanischen und chinesischen Plattformen zu schaffen.

Hier sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk im eigenen Interesse angesichts seiner Mitverantwortung für unsere Demokratie in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rundfunk Union tatkräftig mitarbeiten und möglicherweise eine Federführung für die Entwicklung einer solchen Plattform und ihrer Regularien übernehmen.